



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

AUCH DER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND BRANDENBURG FORDERT DIE VERSTETIGUNG DES STADTUMBAUS

13.10.2004 Fachinformation

In seinen baupolitischen Erwartungen an den neuen Landtag fordert der Städte- und Gemeindebund Brandenburg, die Konsequenzen der künftigen demografischen Entwicklung für das Land Brandenburg offen anzusprechen und anzuerkennen, dass sich die Auswirkungen nicht auf einzelne zentrale Orte beschränken lassen, sondern einen Landesumbau insgesamt erforderlich machen. Ferner geht der Städte- und Gemeindebund davon aus, dass es dringend erforderlich sei, die angebotenen Bundes-Länder-Programme der Städtebauförderung und des Stadtumbaus vollständig zu komplementieren und sich gegenüber dem Bund mit allem Nachdruck gegen Kürzungen in diesem Bereich auszusprechen, den Stadtumbau in seiner Komplexität fachgebietsübergreifend zu bewältigen und den Stadtumbau auch auf die Städte und Gemeinden des ländlichen Raumes auszudehnen. Ebenso fordert der Städte- und Gemeindebund vom Erlass eines Landesvergabegesetzes abzusehen, weil damit nur unnötige Bürokratie erzeugt werde. Die hohe Übereinstimmung in den Auffassungen der Interessenverbände der Kommunen, der Mieter und der Vermieter machen deutlich, wie dringlich die Kernfrage einer weiteren erfolgreichen Gestaltung des Landes Brandenburg und insbesondere des Stadtumbaus sei.

<https://bbu.de/beitraege/auch-der-staedte-und-gemeindebund-brandenburg-fordert-die-verstetigung-des-stadtumbaus>